



Im Brennpunkt

Giftige Pestizide sorgen für Schlagzeilen

In den USA sind unzählige Klagen gegen Monsanto häufig. Vorgeworfen wird Monsanto, dass seine glyphosat-haltigen Unkrautvernichter krebserregend seien und Monsanto nicht genügend auf die Risiken hinweise. Nun hat ein Gericht in Kalifornien den Agrarchemie-Konzern zu einer Schadensersatzleistung von 289 Millionen an den krebserkrankten Kläger verurteilt.

Auch hierzulande sorgen giftige Pestizide immer wieder für Schlagzeilen: Brot für alle/Fastenopfer hat 64 Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen durch Konzerne mit Sitz in der Schweiz untersucht und nach betroffenen Branchen und der Art der Rechtsverletzung aufgeschlüsselt. Die im September 2018 publizierte Analyse zeigt: Syngenta gehört zu den fünf Schweizer Konzernen, gegen die am häufigsten Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden erhoben wurden. Dabei geht es meistens um das giftige Pestizid Paraquat, das von Syngenta hergestellt und vertrieben wird und das in der Schweiz längst verboten ist.

Eine neue Recherche von PublicEye zeigt nun, dass Paraquat längst nicht das einzige Problem ist:

Im zentralindischen Distrikt Yavatmal wurden letztes Jahr innert weniger Wochen hunderte Bauern und Landarbeiter beim Ausbringen von Pestiziden auf Baumwollfeldern vergiftet. Über zwanzig von ihnen starben an den Vergiftungen, viele Überlebende leiden bis heute an gravierenden Folgen. Die Recherche zeigt auf, dass bei der Vergiftungswelle ein in der Schweiz hergestelltes Produkt eine Hauptrolle spielte: ein Insektizid namens Polo. Syngenta exportiert Polo aus der Schweiz in Länder wie Indien, Brasilien oder Pakistan, obwohl das Insektizid hierzulande aufgrund seiner Gefährlichkeit für die Gesundheit und die Umwelt längst verboten ist.

Wäre Syngenta schon heute zu einer Sorgfaltsprüfung verpflichtet, könnte der Konzern in Bezug auf die Verwendung von giftigen Pestiziden in einem Kontext wie

jenem in Yavatmal wohl nur zu einem Schluss kommen, wie die Reportage zeigt: Eine gefahrenlose Anwendung kann nicht sichergestellt werden. Der Verkauf müsste eingestellt werden.

Schauplatz International

Global Slavery Index

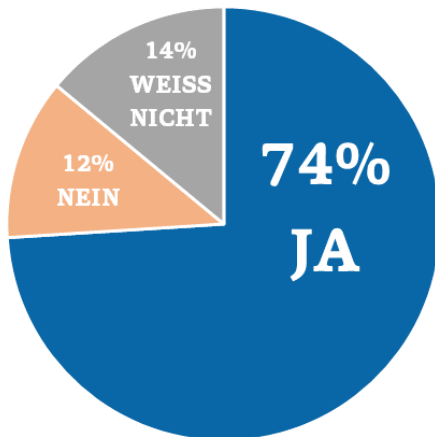
Auf der ganzen Welt sind 40.3 Millionen Menschen modernen Formen der Sklaverei ausgesetzt. Dies zeigt der Global Slavery Index 2018, der im Juli 2018 veröffentlicht wurde. 71% der Opfer sind Frauen und Mädchen. 24.9 Millionen Menschen sind Opfer von Zwangsarbeit und 15.4 Millionen von Zwangsheirat. Der Bericht zeigt auch auf, welche Staaten bei der Bekämpfung von Zwangsarbeit am weitesten sind: Genannt werden hier unter anderem die Niederlande, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Schweden oder Belgien.

Schauplatz Schweiz

Konstant hohe Zustimmung

Demoscope hat im Auftrag des Initiativkomitees im Juli 2018 eine repräsentative Umfrage zur Konzernverantwortungsinitiative durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass die Zustimmung zur Initiative weiterhin sehr hoch ist. Ein Grossteil der Stimmbevölkerung will Konzerne mit Sitz in der Schweiz verpflichten, Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland zu respektieren. 74% der Befragten geben an, dass sie der Konzernverantwortungsinitiative zustimmen würden, würde morgen darüber abgestimmt. Nur 12% der Befragten würden sie ablehnen, 14% sind noch unentschieden. Diese hohe Zustimmung zieht sich durch alle politischen Lager von links bis rechts durch. Auch ist eine ebenso deutliche Mehrheit der Befragten (78%) dafür, dass Konzerne für Menschenrechtsverletzungen haften sollen, die sie oder ihre Tochterfirmen im Ausland anrichten.

Umfrage zur Konzernverantwortungsinitiative:



BAFU-Studie quantifiziert erstmals Umweltbelastung durch Rohstoffhandel

Das auf Ökobilanzierung spezialisierte Unternehmen ESU Services kommt in einer neuen Studie zum Schluss: Der Rohstoffhandel hat rund 19 Mal mehr Umweltbelastung zur Folge als der Konsum der ganzen Schweiz. Und dabei berücksichtigt die Studie lediglich die Produktion, nicht aber die Nutzung (etwa die Verbrennung von Öl) der Rohstoffe. Die Studie hält zudem fest, dass der globale Marktanteil der Schweiz im Rohstoffhandel gar noch höher ist als bisher geschätzt, er beträgt demnach 42%.

Fallbeispiele

Neue Studie zu Cerrejón

Glencore ist seit Jahren als einer von drei Hauptaktionären an der Kohlenmine El Cerrejón beteiligt. Für den Tagebau wurden lokale Gemeinschaften zwangsumgesiedelt und verloren ihre Lebensgrundlage. Im ganzen Departement herrscht wegen dem Bergbau grosse Wasserknappheit. Die Nichtregierungsorganisation Indepaz hat im Juni 2018 eine Studie durchgeführt, um die Umwelt- und Gesundheitsrisiken im Abbaugebiet zu beurteilen. Sie kommt zum Ergebnis: Die Mine Cerrejón verschmutzt mit ihren fünfzehn Sedimentierungsbecken den Fluss Ranchería. In seinem Wasser wurden Schwermetallkonzentrationen festgestellt, die deutlich über den kolumbianischen Grenzwerten liegen. Dieser wichtige Fluss versorgt ungefähr 450'000 Menschen mit Wasser, seine Vergiftung macht Menschen und Tiere krank.

Meist verschmutzte Stadt der Welt

In der Mitte der Stadt Cerro de Pasco in den peruanischen Anden steht eine gewaltige Silber- und Zinkmine. Der Bergbau führt zu massiver Wasser- und Luftverschmutzung, wie 20 Minuten und BBC berichteten. Alle Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt leiden unter Vergiftungen durch Blei, Quecksilber, Kadmium, Arsen, Thallium, Chrom und weiteren Schadstoffen, die sie über das Wasser, die Luft und die Nahrung aufnehmen. Die Folgen der Verseuchung sind verheerend: Entwicklungsstörungen bei Kindern, Lähmungen, Krebs und Depressionen sind unter der ganzen Bevölkerung weit verbreitet. Die Minen werden vom peruanische Bergbauunternehmen Volcan Compañía Minera betrieben. Ende 2017 hat Glencore seine wirtschaftliche Beteiligung an Volcan massiv erhöht.

Chinesische Pfannenfabriken: Verbesserungen und anhaltende Missstände

Nach einem ersten Bericht über Missstände in chinesischen Pfannenfabriken im Jahr 2016 kontaktierte Solidar Suisse die Unternehmen in der Schweiz, die diese Töpfe und Pfannen herstellen und vermarkten. Die meisten hatten daraufhin konkrete Massnahmen angekündigt. Nun ermittelten Rechercheure erneut in vier Fabriken, die Küchengeräte für den Schweizer Markt herstellen.

Die Folgeuntersuchung zeigt: Die Situation hat sich in den erneut untersuchten Fabriken verbessert. Allerdings zeigt der Bericht auch, dass in allen untersuchten Fabriken weiterhin Probleme mit zum Teil massiven Arbeitsrechtsverletzungen bestehen. Auffallend ist aber, dass diejenige Fabrik, die im neuen Bericht erstmals neu überprüft wurde, eine grössere Anzahl von Problemen aufweist als die bereits im Jahr 2016 geprüften Fabriken. Hier wird klar: Dort wo Missstände bekannt werden und wo die Konzerne Verantwortung übernehmen und Kontrollen durchführen, verändert sich auch etwas.

Weitere Infos

Weiterführende Informationen zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft finden Sie hier:

- www.konzern-initiative.ch
- Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte, Themenbereich Wirtschaft und Menschenrechte: www.skmr.ch
- Business & Human Rights Resource Centre, London: www.business-humanrights.org